Berlin Tourismus & Kongress GmbH (*visitBerlin*)
Schöneberger Str. 15

10963 Berlin

Datum: 17.11.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
Kennziffer: D-0028/2026 - visitBerlin - PR- und Marketingagentur Trade MICE Media Brasilien

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden gebeten für die obenstehenden Lieferungen bzw. Leistungen ein Angebot abzugeben. Dabei sind die folgenden Erläuterungen sowie die weiteren Vergabeunterlagen zu beachten.

1. Auftraggeberin und Ansprechpartnerin

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (*visitBerlin*)
Schöneberger Str. 15, 10963 Berlin

www.visitberlin.de

Ansprechpartnerin

Frau Romina Lucas
beschaffung@visitberlin.de.

2. Verfahrensart

Die Auftraggeberin vergibt die Leistungen im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung.

3. Kommunikation

3.1. Die Kommunikation mit der Vergabestelle ist vorrangig über das DTVP bzw. über E-Mail zu führen. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Allen Bietern wird dringend empfohlen, sich frühzeitig beim DTVP zu registrieren bzw. regelmäßig zu kontrollieren, ob Mitteilungen über das DTVP erfolgt sind. Ergänzende Angaben der Auftraggeberin gelten als bei den Bietern zugegangen, wenn sie beim Vergabeportal bereitgestellt und die Bieter über die Bereitstellung informiert wurden

3.2. Beinhalten die Vergabeunterlagen Fehler, Unklarheiten oder Widersprüche, dann ist die Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen.

Fragen zu den Vergabeunterlagen sind bis **24.11.2026 – 12:00 Uhr**, an die Auftraggeberin zu richten. Rechtzeitig gestellte, relevante Fragen wird die Auftraggeberin in anonymisierter Form über das DTVP gegenüber allen Bietern beantworten.

4. Vertraulichkeit

Die Angaben im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung dürfen nur zur Erstellung des Angebots benutzt werden. Jede Verwendung für andere Zwecke ist untersagt. Der Inhalt der Vergabeunterlagen ist vertraulich zu behandeln; der Bieter hat - auch nach Beendigung der Angebotsphase - über die ihm während des Vergabeverfahrens bekanntgewordenen geschäftlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter sowie einbezogene Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.

5. Losvergabe

Eine Aufteilung des Auftrags in Lose ist nicht erfolgt.

6. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Bietergemeinschaften müssen den Vordruck „Bietergemeinschaftserklärung“ ausfüllen und ihrem Angebot beifügen.

Die Bewerbungsbedingungen sind zu beachten.

8. Kosten der Angebotserstellung

Für die Erstellung und Einreichung der Angebote wird keine Vergütung oder Aufwendungsersatz geleistet.

9. Eignungskriterien und Nachweise

Sämtliche Eignungskriterien und Nachweise sind in der Bekanntmachung genannt.

Zum Nachweis der Eignung ist das Formular Eigenerklärung vorzulegen.

10. Zuschlagskriterien

10.1. Der Zuschlag erfolgt

a. ☐ auf das Angebot mit dem günstigsten Preis

b. ☒ auf das wirtschaftlichste Angebot

mit folgenden Zuschlagskriterien:

☒ Qualität/Konzept: **70 %**

☒ Preis: **30 %**

Die Bewertung des Preises erfolgt nach folgender Methode:

Das Angebot mit dem niedrigsten Preis erhält 100 Punkte. Für die preislich nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl wie folgt bestimmt:

$$\text{Punktzahl Bieter A} = \frac{\text{Niedrigstpreis x 100}}{\text{Preis Bieter A}}$$

Das Ergebnis wird auf zwei Nachkommastellen gerundet, mit der oben dargestellten Gewichtung multipliziert (x 0,3) und ggf. noch einmal auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Die Wertung der weiteren Zuschlagskriterien erfolgt gemäß der beiliegenden Wertungsmatrix Qulität/Konzept. Die gemäß Wertungsmatrix erreichten Punkte, werden mit der oben angegebenen Gewichtung multipliziert.

Zum Schluss werden die erreichten Punkte für den Preis und das weitere Zuschlagskriterium addiert. Das Angebot mit der höchsten Punktzahl erhält den Zuschlag.

10.2. Sind mehrere Angebote gleichwertig, entscheidet das Los.

11. Ablauf der Angebotsfrist – Öffnung der Angebote

Die Angebotsfrist läuft am **01.12.2026, 12:00** Uhr ab. Alle Angebote müssen bis zu diesem Zeitpunkt bei dem Auftraggeber eingegangen sein.

Zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

12. Formvorgaben für das Angebot

Das Angebot ist elektronisch über die Angebotsfunktion der Vergabeplattform einzureichen. Eine Angebotsabgabe per Post, Mail oder über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform ist nicht zulässig.

13. Inhalt des Angebots

13.1. Für das Angebot muss der beiliegende Angebotsvordruck verwendet werden.

13.2. **Dem Angebot sind folgende Unterlagen beizufügen:**

☒ **Angebotsvordruck**

☒ **die ausgefüllte Eigenerklärung**

☒ **das beigefügte Preisblatt**

☒ **Konzept**

☒ **Rahmenvertrag**

13.3. Sämtliche Angebotsbestandteile müssen in deutscher Sprache verfasst sein.

14. Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist

Sie sind an das Angebot bis zum **22.12.2026** gebunden

15. Voraussichtlicher Zeitplan:

Angebotsabgabe:	bis 01.12.2026, 12.00 Uhr
Öffnungstermin:	01.12.2026
Zuschlag:	08.12.2026
Vertragsbeginn:	09.12.2026

Bitte prüfen Sie bei Abgabe des Angebotes unbedingt, ob Sie alle in Ziffer 13.2 genannten Unterlagen beigefügt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Romina Lucas
Dieses Formular wurde elektronisch erzeugt und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlagen:

☒ Leistungsbeschreibung

☒ Angebotsvordruck

☒ Formular Eigenerklärungen

☒ Preisblatt

☒ Zusätzliche Vertragsbedingungen

☒ Rahmenvertrag

☒ Bewerbungsbedingungen

☒ Wertungsmatrix Preis + Qualität/Konzept

Datenschutzhinweise für Vergabeverfahren
Wichtige Hinweise nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für das Vergabeverfahren

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich i.S. d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist die

Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Schöneberger Str. 15, 10963 Berlin
Geschäftsführer: Burkhard Kieker, Sabine Wendt
Tel. 030/250025
E-Mail: info@visitberlin.de
Eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg zur Registernummer HRB 48652

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

TÜV Rheinland i-sec GmbH, Herr Oliver Gröger, Alboinstraße 56, 12103 Berlin
E-Mail: datenschutz@visitBerlin.de

Wenn Sie am Vergabeverfahren teilnehmen erheben wir folgende Daten von Ihnen als Bewerber oder Bieter bzw. Ansprechpartner:

- Anrede, Vorname, Nachname
- E-Mail-Adresse und Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Sonstige erforderliche Informationen für das Vergabeverfahren gemäß den Vergabeunterlagen

Gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO ist die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Teilnahme an dem Vergabeverfahren rechtmäßig. Die Erhebung der dargestellten

personenbezogenen Daten erfolgt zur Identifizierung als Bewerber oder Bieter, für die Kommunikation und zur Durchführung des Vergabeverfahrens.

Desweiteren erheben wir eventuell folgende personenbezogene Daten vom vorgesehenen Projektleiter*in und stellvertretenen Projektleiter*in und ggf. von dem weiteren Projektteam:

- Anrede, Vorname, Nachname
- Studienabschluss, Berufserfahrung
- Sonstige Informationen gemäß den Vergabeunterlagen.

Die Erhebung dieser personenbezogenen Daten erfolgt zur Durchführung des Vergabeverfahrens gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO. Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden, falls Sie nicht den Zuschlag erhalten nach dem Vergabeverfahren gelöscht, es sei denn, dass wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergaberechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (z.B. § 6 Abs. 2 UVgO, § 8 Abs. 4 VgV) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt:

- Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b und lit. c. DSGVO für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe der Informationen gemäß § 46 UVgO, 134 GWB, sowie an Vergabekammern und Gerichte in einem Nachprüfungs- oder Gerichtsverfahren. Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich als Information gemäß § 46 UVgO, § 134 GWB oder in dem Nachprüfungsverfahren verwendet werden

Ihre Rechte als von der Datenerhebung betroffene Person

Das geltende Datenschutzrecht gewährt Ihnen gegenüber dem Verantwortlichen hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten umfassende Betroffenenrechte (Auskunfts- und Interventionsrechte), über die wir Sie nachstehend informieren:

- Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DSGVO: Sie haben insbesondere ein Recht auf Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch gegen die Verarbeitung, Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, die Herkunft Ihrer Daten, wenn diese nicht durch uns

bei Ihnen er-hoben wurden, das Bestehen einer automatisierten Entscheidungs-findung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik und die Sie betreffende Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer solchen Verarbeitung, sowie Ihr Recht auf Unterrichtung, welche Garantien gemäß Art. 46 DSGVO bei Weiterleitung Ihrer Daten in Drittländer bestehen;

- Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO: Sie haben ein Recht auf unverzügliche Berichtigung Sie betreffender unrichtiger Daten und/oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten unvollständigen Daten;
- Recht auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO: Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu verlangen. Dieses Recht besteht jedoch insbesondere dann nicht, wenn die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO: Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, solange die von Ihnen bestrittene Richtigkeit Ihrer Daten überprüft wird, wenn Sie eine Löschung Ihrer Daten wegen unzulässiger Datenverarbeitung ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, wenn Sie Ihre Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, nachdem wir diese Daten nach Zweckerreichung nicht mehr benötigen oder wenn Sie Widerspruch aus Gründen Ihrer besonderen Situation eingelegt haben, solange noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Gründe überwiegen;
- Recht auf Unterrichtung gemäß Art. 19 DSGVO: Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.
- Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO: Sie haben das Recht, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen, soweit dies technisch machbar ist;
- Recht auf Widerruf erteilter Einwilligungen gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO: Sie haben das Recht, eine einmal erteilte Einwilligung in die Verarbeitung von Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Im Falle des Widerrufs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen, sofern eine weitere Verarbeitung nicht auf eine Rechtsgrundlage zur einwilligungslosen Verarbeitung gestützt werden kann. Durch den Widerruf der Einwilligung

wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt;

- Recht auf Beschwerde gemäß Art. 77 DSGVO: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie - unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs - das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes.

Sie haben die Möglichkeit einer **Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde**:
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Meike Kamp,
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin
Tel.: +49 (0)30 13889-0
Fax: +49 (0)30 2155050 E-Mail: mailbox@datenschutz.de